

Quelle  
 Versöhnung zwischen „Galliern“ und „Germanen“

# Die Staaten sind Staaten geblieben

Trotz Adenauers und de Gaulles diplomatischem Versöhnungswerk gehen die Uhren in Paris und Bonn nur selten synchron *B1*

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

„Verträge sind wie Rosen und junge Mädchen.“ So sprach General de Gaulle im Sommer 1963 - nur ein halbes Jahr, nachdem die deutsch-französische Freundschaft mit dem Pakt vom 22. Januar besiegelt worden war. Die Worte waren Enttäuschung und Mahnung zugleich: Die Deutschen sollten die Stunde der Gunst nicht ungenutzt verstreichen lassen. Hinter der poetischen Metapher vom grausamen Rhythmus der Natur, vom Blühen und Dahinwelken, verbarg sich eine Warnung, die der General ein Jahr später, im Sommer 1964, mit prosaischer Direktheit verkünden sollte: „Niemand kann behaupten, daß Deutschland und Frankreich sich geeinigt hätten, eine gemeinsame Politik zu betreiben.“ Auch sei der drohende Verlust der historischen Chance nicht Frankreich anzulasten, sondern Bonn, „das bislang nicht glaubt, daß eine solche Politik europäisch und unabhängig sein muß“.

Was war geschehen?

Noch zwei Jahre zuvor hatten Konrad Adenauer und Charles de Gaulle in der Kathedrale von Reims ergriffen den majestätischen Klängen des *Tedeums* gelauscht. In jenem Sommer hatte de Gaulle die „großartige Erinnerung an die Cäsaren, an das Christentum und an Charlemagne (Karl den Großen)“ beschworen, als er die Versöhnung zwischen „Galliern“ und „Germanen“ zelebrierte. Des Generals Gegenbesuch in der Bundesrepublik kam einem Triumphzug gleich. In sorgfältig einstudiertem Deutsch hatte er die Erzrivalen wie ein Liebhaber umworben: „Sie sind ein großes Volk!“ Und die Westdeutschen sanken ihm zu Füßen. Noch niemand hatte den Verlierern von 1945 solche Honneurs erwiesen. „General de Gaulle“, notierte *Le Monde*, „war nachgerade der Gegenstand einer Volksabstimmung“.

Die erste Einladung

Das große Werben - und das große Mißverständnis - begann mit einem *grand geste* im Herbst 1958, kurz nach de Gaulles Wahl zum ersten Präsidenten der Fünften Republik. Als erstem ausländischen Staatsmann gewährte er Adenauer die Ehre einer Einladung in die *Boisserie*, sein Privatomizil in Colombey-les-deux-Eglises. Das Gespräch in der Zweisamkeit dauerte nur ein paar Stunden; doch das Geschäft, das der General dem Kanzler vorschlug, war für eine politische Ewigkeit gedacht. Der Dialog war Overtüre, enthielt er doch alle Motive, die dann das Verhältnis bestimmen sollten: Das Locken und die Enttäuschung, die Forderungen und Fehleinschätzungen, welche die beiden Länder wie in einem endlosen *Menuett* anziehen und wieder auseinanderreiben sollten.

Obwohl der geladene Gast, wurde Adenauer schon in den ersten Minuten in die Rolle des *Demandeurs* verwiesen. De Gaulles Eröffnung war bezeichnend: Er begann, indem er Adenauer die Worte in den Mund legte. „Drei Dinge sind es, welche das erniedrigte und belastete Deutschland von Frankreich zu erbitten trachtet. Erstens Unterstützung beim Wiedergewinn von Respekt und Vertrauen der anderen Nationen; zweitens Sicherheit gegenüber dem sowjetischen Lager, zumal angesichts der Bedrohung, die über Berlin hängt; drittens die Anerkennung seines Rechtes auf Wiedervereinigung.“

Und was wollte Frankreich im Gegenzug? Nichts! „Ich bedeutete dem Kanzler, daß Frankreich als Antwort auf so viele Bitten nichts zu fordern habe, weder in bezug auf Einheit, Sicherheit oder Status. Doch könne es dem Aggressor von gestern gewiß zur Rehabilitierung verhelfen. Das würde Frankreich - welche Großmütigkeit! - allein im Namen der künftigen Entente zwischen den beiden Völkern tun.“

Freilich war de Gaulle nicht so selbstlos, wie er Adenauer glauben machen wollte. Überdies gibt es in der Politik der Mächte keine Leistung ohne Gegenleistung, und so schälte sich hinter der „Großmütigkeit“ alsbald der wahre Preis hervor. Um sich der Freundschaft Frankreichs würdig zu erweisen, müsse die Bundesrepublik „die existierenden Grenzen respektieren, guten Willen gegenüber dem Osten bezeugen, auf jedwede Form der atomaren Bewaffnung verzichten und ungebrochene Geduld in Sachen Wiedervereinigung bewahren“.

Europa ohne England

Der Rest war sozusagen „Kleinmaterial“. Bonn müsse Frankreichs Agrarforderungen im Gemeinsamen Markt unterstützen. England müsse der Weg nach Europa versperrt bleiben. Schließlich müsse Bonn Frankreich helfen, seine „Mission in der Welt“ zu erfüllen. Und wenn nicht? Frankreich, so der Tenor des Generalsmonologes, sei stark und unabhängig. Doch die Westdeutschen könnten ohne den neuen Freund nirgendwo allein bestehen. Es war ein klassischer Eröffnungszug, der den umworbenen Gegner einschüchtern und weichklopfen sollte.

Nicht minder klassisch war Adenauers Gegenöffnung. Er tat einfach so, als hätte er die in Samt gepackte Warnung des Generals nicht verstanden. In seinen Memoiren zeichnet er de Gaulle im Lichte eines Erlösers. Da war der alte Verbündete der Sowjetunion, der sich vom *Savlus* zum *Paulus* gewandelt hatte: „eng verbunden mit Deutschland zum Schutz gegen Sowjetrußland“. Während de Gaulle unaufhörlich von „Größe“

Quelle

Datum

„Mission“ und „Unabhängigkeit“ schwärmte, legte ihm Adenauer den brennenden Wunsch in den Mund, „die nationalistischen Franzosen aus ihrem nationalistischen Himmel herunter auf den Boden der Wirklichkeit zu ziehen“. Der General machte kein Hehl daraus, Frankreich irgendwann aus der NATO herauslösen zu wollen, doch Adenauers Replik war: Zwar teile er dessen Meinung über die NATO, doch „müssen wir unser Bestes tun, sie zu erhalten“.

Adenauer verließ *La Boisserie* am nächsten Morgen in schiefer Euphorie. „Ich war glücklich, einen ganz anderen Menschen vorgefunden zu haben, als ich befürchtet hatte. Ich war sicher, daß de Gaulle und ich eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit haben würden.“ Daß es dazu nicht kam, lag nicht am schlechten Willen der Personen, sondern am *sacro egoismo* der Nationen. Zu verschieden waren die Interessen, zu gebrechlich die Gemeinsamkeiten, zu groß die Mißverständnisse schon in den ersten Stunden der neuen Freundschaft.

Da war vorweg das klassische Dogma des Gaullismus. Zwar hatte der General schon im Jahre 1949 die diplomatische Revolution vorausgesagt, welche die „Erzfeindschaft“ zwischen Deutschen und Franzosen beenden würde: „Die Vernunft verlangt... nach einer Entente zwischen dem deutschen und dem französischen Volk“, davon hänge ab, ob „Europa sein wird oder nicht“. Doch kam ein Jahr später ein zweites Axiom: „Europa wird nur entstehen, wenn Frankreich dessen Führung übernimmt.“

Für die Bundesrepublik des Konrad Adenauer (und für den Rest der Kern-EG) galt indes ein anderes Axiom: Ja zu Europa und zur Freundschaft mit Frankreich, aber nicht zur Unterwerfung. Ein zweites Axiom war, daß die Sicherheit nur im atlantischen Rahmen zu haben war. Und damit war der unausweichliche Konflikt mit de Gaulle programmiert. Um seinen Willen durchzusetzen, war de Gaulle notfalls bereit, den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz zu sprengen – daher „eine Politik des „leeren Stuhls“ in Brüssel anno 1965/66; daher Frankreichs Ausscheiden aus der NATO-Integration im Jahre 1966. Den Franzosen auf diesem Weg zu folgen war den Bundesdeutschen nicht gegeben.

Adenauer dachte nicht einen Moment daran, den „Zweibund“ mit der Supermacht Amerika durch eine „Kleine Entente“ mit Frankreich zu ersetzen. Für ihn war die deutsch-französische Sonderbündelung ebenso Mittel zum größeren Zweck wie für de Gaulle. Nur wollte ein jeder den anderen in die entgegengesetzte Richtung ziehen. De Gaulle konnte seinen Traum von einem „Europa der Vaterländer“ zwischen *les Anglo-Saxons* im Westen und dem *Empire totalitaire* im Osten nur mit der anderen großen Kontinentalmacht, der Bundesrepublik, im Schlepptau ansteuern. Adenauer aber wollte das Gegenteil: die amerikanische Bindung nicht lockern, sondern stärken. Es war kein Zufall, daß die deutsch-französische Hoch-Zeit mit der Berlin-Krise (1958–1962) zusammenfiel. Im Gefolge des Chruschtschow'schen Berlin-Ultimeatums hatten Briten und Amerikaner, zumal der junge Kennedy, bedenkliche Aufweichungserscheinungen gezeigt, und Adenauer war allzeit bereit, Verrat zu wittern. Die Drohung, sich dem General in die Arme zu werfen, bot sich da als probates Mittel an.

um Amerikaner und Engländer davon abzuhalten, dem sowjetischen Druck nachzugeben. Dies sah der General wiederum als seine Chance. Die Deutschen, so schrieb er's in seinen Memoiren nieder, „befanden sich in einem Zustand akuter Angst“. Dies war die Zeit „für uns Franzosen“, den Deutschen zu versichern, daß „wir jegliche Änderung des Status von Berlin verweigern würden“.

#### Empörung der Atlantiker

Derlei Avenuen nahm Adenauer gerne an. Nur: Wo der General insistierte, daß die NATO-Integration „von Übel“ sei, war der Kanzler allenfalls bereit, „den Einfluß Kontinental-Europas unter den Vier Mächten zu stärken. In diesem Moment steht die Bundesrepublik den angelsächsischen Mächten allein gegenüber, und niemand weiß, was die Briten im Schilde führen.“ Wo er über die Versöhnung hinausging, im tagespolitischen Geschäft, war Adenauers „Gaullismus“ nur klassische Gleichgewichtspolitik. Seht her, wollte er den Amerikanern sagen, ich habe eine Alternative, wenn ihr es zu weit mit den Russen treibt.

De Gaulles Ambitionen aber waren genau gegen die Struktur der Nachkriegsordnung gerichtet, die Adenauer um jeden Preis erhalten wollte. Wie konnte er auch die Europäische Gemeinschaft zugunsten eines „Europas der Vaterländer“ aufgeben, wo doch gerade die Integration den Verlierern von gestern Legitimität und Einfluß verlieh? Wie konnte er sich an de Gaulles Kontinentalsperre gegen Britannien beteiligen, wo doch England ein wichtiges Wortchen in Berlin mitzureden hatte? Und den atomaren Schutzschirm Amerikas inmitten der Berlin-Krise zu verlassen, war schlicht undenkbar.

Sein Freund und Widerpart in Paris aber war nicht bereit, dem künftigen Ehepartner die Freiheit wechselnder Beziehungen zu lassen. Genau eine Woche vor dem vertraglichen Treueschwur am 22. Januar 1963 ließ de Gaulle eine Bombe platzen, die Theatralik mit äußerster Brutalität vereinte. Um die zögerlichen Deutschen zu zwingen, endlich Farbe zu bekennen, inszenierte der General seine Pressekonferenz vom 14. Januar, in der er den Briten die europäische Tür vor der Nase zuschlug. London in der EWG? England wäre nur ein trojanisches Pferd, welches das Europa der Sechs in eine gigantische Freihandelszone unter „amerikanischer Führung und Abhängigkeit“ verwandeln würde.

Damit wurde die Krönung der Adenauerschen Frankreichpolitik, der Freundschaftsvertrag vom 22. Januar, mit einem mörderischen Makel behaftet. Unter den deutschen „Atlantikern“ – und das waren damals nicht nur fast alle Christdemokraten, sondern die gesamte SPD – erhob sich ein Schrei der Entrüstung. „Wir müssen“, so der angesehene SPD-Rüstungsexperte Fritz Erler, „nicht den Eindruck schaffen, als wären wir mit jenen solidarisch, die für das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen (über den englischen EWG-Beitritt) verantwortlich sind.“ Der Vertrag, so Erler, dürfe das „amerikanische Engagement“ in Europa nicht lockern. „Für uns wäre das geradezu selbstmörderisch.“ Allein ein Blick auf Berlin zeige, daß selbst die härtesten Demarchen des Generals nicht die „Realität amerikanischer Divisionen“ ersetzen.

Hinter den Kulissen wartete auch schon Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der Adenauer im Herbst als Kanzler beerben sollte; de Gaulle, vertraute er der SZ am 5. Februar an, stehe bloß für

2

Quelle

Datum

„kleineuropäische Sonderbündelei“ - unverträglich mit der Atlantischen Gemeinschaft. Am 16. Mai wurde der Vertrag zwar fast einstimmig ratifiziert, aber mit einer Präambel, die ihm den anti-atlantischen Stachel nahm: Der Vertrag müsse all den „großen Zielen“ dienen, welche die Politik der Bundesrepublik seit jeher bestimmt haben - „die enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten“, die „Integration der Streitkräfte“, die „Vereinigung Europas unter Einschluß Großbritanniens“. Unter dem Beifall des gesamten Hauses erklärte Adenauers früherer Außenminister Heinrich von Brentano den „amerikanischen Freunden und Verbündeten“, daß die „Zusammenarbeit mit der Führungsmacht der freien Welt nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert“ werde.

Ende 1965 zog de Gaulle die melancholische Konsequenz: „Wir haben versucht, die westeuropäische Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten zu organisieren, aber das hat nicht funktioniert. Dann haben wir einen feierlichen Vertrag zur Versöhnung und Zusammenarbeit mit Deutschland geschlossen. Auch das hat wenig gefruchtet. Warum? Weil die Staaten Staaten bleiben.“ Einzelstaaten sind Bundesrepublik und Frankreich geblieben. Hinzu kam, daß in entscheidenden Momenten die Uhren in beiden Staaten anders gingen.

Als de Gaulle auf die „Renationalisierung“ der europäischen Außenpolitik drängte, wollten Adenauer und dann Erhard vor allem die Amerikaner daran hindern, ihre Außenpolitik zugunsten der Détente mit Moskau und des Krieges in Vietnam zu „enteuropäisieren“. Als de Gaulle sich enttäuscht von Bonn abwandte und seinerseits von 1965 an den Weg nach Moskau einschlug, fühlten sich die Bonner zuerst verraten. Dann aber begriff die „Große Koalition“ (1966-1969) und vor allem die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt, daß auch Bonn Ostpolitik betreiben müsse. Der General (er trat 1969 ab und starb 1970) hat die „neue Ostpolitik“ nicht mehr miterleben können, doch wäre ihm gewiß Melancholisch-Ironisches zu der Tatsache eingefallen, daß die Deutschen in kürzester Zeit „sein“ Spiel übernahmen und Paris als Spielmacher in Moskau verdrängten. Als Reaktion besann sich de Gaulles Nachfolger Georges Pompidou auf die älteste Tradition französischer Außenpolitik: Gleichgewichtspolitik gegenüber Deutschland. Rasch öffnete er England die Tür zur Europäischen Gemeinschaft, und Henry Kissinger notierte in seinen Memoiren: „Die Furcht vor einem wiedererstarkten Deutschland, so Pompidou, habe ihn dazu gebracht, de Gaulles Widerstand gegen den britischen Eintritt aufzugeben.“ Auch die NATO erschien Pompidou nicht mehr als Grundübel: „Unglücklicherweise ist die Welt nicht vollkommen, und deshalb glauben wir an den Nutzen und sogar die Notwendigkeit einer amerikanischen Präsenz.“

Vielleicht gab es nur einen einzigen Moment, in dem die Uhren in beiden Ländern gleich gingen - unter dem Zweiergespann Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt. Sie konnten miteinander ohne Dolmetscher (Englisch) sprechen; sie hatten sich noch als Finanzminister als „Prozis“ schätzen gelernt; und Schmidt verstand es stets, die Eitelkeiten seines „Männerfreundes“ und die Großmachtansprüche Frankreichs zu pflegen. „Ich ließ ihn immer einen Schritt vor mir auf dem roten Teppich gehen; schließlich war er Staatschef und ich bloß Regierungschef.“ Trotz-

demieß auch unter Giscard das klassische französische Mißtrauen nie nach. Als Schmidt sich zum Beginn der Afghanistan-Krise auf eine Reise nach Moskau (im Juni 1980) vorbereitete, kam ihm Giscard zuvor. Sein Blitzbesuch bei Breschnew in Warschau rechtfertigte er hinterher damit, er habe Bonns „Übergewicht in Europa verhindern“ wollen, denn „wir wissen, daß Westdeutschland seinen Dialog mit der Sowjetunion - ob offen oder heimlich - nicht abbrechen wird.“

Unter Mitterrand nahm derlei Besorgnis überhand. Im Zeichen des Schmidt-Sturzes (1982) und der Friedensbewegung tauchte links vom Rhein das Gespenst des deutschen „National-Neutralismus“ auf, und prompt ging Mitterrand auf NATO-Kurs „Frankreich“, proklamierte er „verwechselt den Pazifismus nicht mit Frieden“. Die Sowjetunion habe mit der SS-20 das Gleichgewicht in Europa zerstört, und um dieses wiederherzustellen, müsse „gerüstet“ werden. Den Kritikern

der Nachrüstung hielt er vor fünf Jahren im Bundestag entgegen: „Wer immer glaubt, Europa von Amerika abkoppeln zu können, der gefährdet das Gleichgewicht und damit die Erhaltung des Friedens.“

Auch heute, wo die beiden Staaten enger zusammenarbeiten denn je, laufen die Uhren in Bonn und Paris nicht synchron. In der Bundesrepublik stehen die Zeichen der Zeit auf Abrüstung und Entnuklearisierung; in Frankreich wächst das Mißtrauen gegenüber dem Prozeß und seinen Protagonisten, den beiden Supermächten. „Die Franzosen“, schreibt der Strategie-Experte Pierre Lellouche, „glauben, daß eine vom amerikanischen Nuklearschirm entblößte Bundesrepublik sich gefährdet fühlen würde, und die Geschichte hat sie gelehrt, daß derlei Schlimmes bedeutet.“ Deshalb der immer heftigere Versuch der Regierung Mitterrand-Chirac, die Deutschen sicherheitspolitisch zu binden.

Freilich: Wollen sie ihren Atomschirm wirklich bis zur Elbe ausdehnen? Freilich: Würden die Deutschen dies wirklich akzeptieren - in einer Zeit, in der ihre Allergie gegen alles Atomare scheinbar unaufhörlich wächst?

De Gaulle hatte unrecht: Verträge sind nicht wie „Rosen und junge Mädchen“, die unweigerlich verblühen müssen; eher wie Rosenstöcke, die - so Adenauers Erwiderung - immer wieder aus schlagen. Niemand hätte 1945 das Ende der „Erbfeindschaft“ voraussagen gewagt; niemand hätte 1963 erwarten können, daß der deutsch-französische Freundschaftsvertrag ein Vierteljahrhundert später immer wieder neue Blüten treiben würde.